

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1919**

34 (10.2.1919)



# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

**Bezugspreis:** Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Abzügen od. am Postkassettler monatlich 1.20 M., 1/2 jährlich 3.60 M., Bogenweise durch unsere Träger 1.30 bzw. 3.90 M.; durch die Post 1.34 M. bzw. 4.02 M.; durch die Feldpost 1.35 M. bzw. 3.90 M., vorauszahlbar.

**Ausgabe:** Freitag mittags; Geschäftszeit: 1/8-1/4 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

**Anzeigen:** Die Spalt. Anzeigenzeit od. deren Raum 25 A., zugl. 30 % Druck- und Anzeigenzähl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestelle 1/2 Bogen, für größ. Aufträge nachm. zuor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

### Zentrum und Regierung.

Der „Ländliche Beobachter“ veröffentlicht in seiner Nummer 61 vom 6. Februar ein Artikel, der sich mit der Regierungspolitik befaßt. Es wird darin darauf hingewiesen, wie gerechtfertigt die Anklage ist, die dem Zentrum gegenüber erhoben wird. Die Sozialdemokratie in Baden hat es an logischer Klarheit beim Wiederaufbau von Ordnung und Recht im Lande nicht fehlen lassen. Sie kennt die Schwierigkeiten, in welchen sich unser Land und unser Volk nach dem Zusammenbruch der Herrschaft befindet und sie ist deshalb ohne jede Einschränkung der Auffassung, daß die Arbeit des Wiederaufbaues nur bewältigt werden kann, wenn alle Parteien im Lande tätig mitarbeiten und, sofern das erforderlich ist, das Gesamtvolk über dasjenige der eigenen Partei stellen. Man kann es deshalb nicht für recht und billig halten, wenn eine Partei Vorurteile wegen der Kabinettfrage hegt. Jede Partei kann für sich in Anspruch nehmen, daß man ihr Verhalten gegenüber den politischen Tagesfragen in korrekter Weise würdige. Dabei aber darf man sich nicht von kleinlichen Vorurteilen leiten lassen.

Der „Ländliche Beobachter“ führt als ersten Grund für die Entfaltung des Zentrums die Vorgänge bei der Gewählung der einmaligen Feuerungsanlagen an die Staatsbeamten und Arbeiter an. Er erklärt, daß die Land- und die Gewerkschaften die Behauptung aufstellen, daß das Zentrum habe sich gegen die Gewählung einer solchen Zulage ausgesprochen. Herr Finanzminister Dr. Wirth sei, so würde weiter behauptet, ein persönlicher Gegner dieser Zulage im Kabinett und Staatsratsrat gewesen. Das Zentrum werde als unaufrichtig bezeichnet und solle für die Gewählung nichts tun. Von einer solchen Behauptung ist der Sozialdemokratie nichts bekannt geworden. Sie weiß insbesondere nichts davon, daß in dieser Frage gegen das Zentrum im Lande Flugschriften verteilt worden seien, wie ebenfalls von Zentrumskreisen behauptet wird. Wie dem aber auch sei, die Wahrheit darüber zu ermitteln, daß im Kabinett für die Gewählung der Feuerungsanlagen ein einmütiger Beschluß zustande kam. Daß hierbei die Frage der Aufbringung der erforderlichen Mittel eine Rolle spielte, ist ganz selbstverständlich und der Herr Finanzminister hätte seine Pflicht im höchsten Maße beachtet, wenn er nicht auf die Forderung der Staatskassen und auf den unangenehmen Zustand der Staatskassen im allgemeinen aufmerksam gemacht haben würde. In Rücksicht darauf ist dann ja auch der Beschluß zustande gekommen, mit der Nationalversammlung eine Vorlage auf Erhebung eines Steuernachtrages zu machen. Keine in der Regierung vertretene politische Partei kann ein Interesse daran haben, daß ein Staatskonkordat heraufbeschworen wird. Es ist aber auch nicht richtig, daß der Verkehrsminister, Genosse Rückert, bei der Gewählung der Feuerungsanlagen ein unkorrektes Verhalten seinen Mitarbeitern gegenüber an den Tag gelegt hätte. Wichtig ist, daß in jener Sitzung des Kabinetts, in welcher die Anwesenheit zum ersten Mal zur Beratung fand, Herr Finanzminister Dr. Wirth verhindert war, zu erscheinen. Er war infolge dessen über die grundsätzliche Stellung des Kabinetts nicht genügend informiert und so mag es gekommen sein, daß er glaubte, der Verkehrsminister habe auf eigene Faust die Verhandlungen mit den Vertretern des Eisenbahnen-Personals abgeschlossen und damit das Kabinett getrieben. Daraus geht hervor, wie empfehlenswert es wäre, wenn das Zentrum sich erst richtig informiert hätte und mit ihm auch der Herr Finanzminister, ehe es sich zu einem unkorrekten Schritt entschloß.

Der zweite Grund für ein Vorgehen ist das Zentrum an, der sozialdemokratische Abgeordnete Weichmann habe in veränderlicher Absicht die Stellung des Zentrums zum Koalitionsrecht herabgerückt. Auch dieser Grund ist nicht durchschlagend. Selbst wenn Genosse Weichmann bei seinen Ausführungen in einer karlsruher sozialdemokratischen Versammlung sich etwas unklar ausgedrückt haben sollte, kann das unmöglich einen Stoff dafür abgeben, der vorläufigen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Wer die Verhandlungen in der Koalitionskommission mitlesen hat, der weiß, daß das Zentrum dafür eintrat, daß das Koalitionsrecht in der Verfassung für jedermann, also auch für die Staatsbeamten, gesichert werde. Wir Sozialdemokraten erkliden im Koalitionsrecht des Recht auf Streik eingeschlossen. Die gleiche Auffassung vertreten auch die in der Kommission tätigen Juristen der deutschnationalen Partei. Letztere erklärten zwar, daß über die Frage, ob das Streikrecht der Beamten im Hinblick auf das Beamtenrecht anzusetzen sei, früher noch befürwortet zu werden sei. Nicht so die Juristen der Zentrumspartei. Einer von diesen bestritt

### Deutsche Nationalversammlung.

Der Reichspräsident Dr. Ebert eröffnet die Sitzung um 3 1/2 Uhr. Zunächst wurde eine Reihe weiterer Glückwünsche und Telegramme verlesen. Sodann wurde das Ergebnis der Schlußbeschlüsse bekannt gegeben. Gewählt sind: Reichspräsident (Ebert), Reichskanzler (Fischer), Reichsminister des Innern (Fischer), Reichsminister des Auswärtigen (Fischer), Reichsminister der Finanzen (Fischer), Reichsminister der Justiz (Fischer), Reichsminister des Handels (Fischer), Reichsminister des Reichsaufbaus (Fischer), Reichsminister des Reichswahlrechts (Fischer), Reichsminister des Reichsrechts (Fischer), Reichsminister des Reichsstaatsrechts (Fischer), Reichsminister des Reichsverwaltungsrechts (Fischer), Reichsminister des Reichsprivatrechts (Fischer), Reichsminister des Reichsstrafrechts (Fischer), Reichsminister des Reichsverwaltungsrechts (Fischer), Reichsminister des Reichsprivatrechts (Fischer), Reichsminister des Reichsstrafrechts (Fischer).

Die Nationalversammlung hat sich am 10. Februar 1919 in Weimar eröffnet. Der Reichspräsident Dr. Ebert eröffnete die Sitzung um 3 1/2 Uhr. Zunächst wurde eine Reihe weiterer Glückwünsche und Telegramme verlesen. Sodann wurde das Ergebnis der Schlußbeschlüsse bekannt gegeben. Gewählt sind: Reichspräsident (Ebert), Reichskanzler (Fischer), Reichsminister des Innern (Fischer), Reichsminister des Auswärtigen (Fischer), Reichsminister der Finanzen (Fischer), Reichsminister der Justiz (Fischer), Reichsminister des Handels (Fischer), Reichsminister des Reichsaufbaus (Fischer), Reichsminister des Reichswahlrechts (Fischer), Reichsminister des Reichsrechts (Fischer), Reichsminister des Reichsstaatsrechts (Fischer), Reichsminister des Reichsverwaltungsrechts (Fischer), Reichsminister des Reichsprivatrechts (Fischer), Reichsminister des Reichsstrafrechts (Fischer).

### Der Arbeitsplan.

Der Reichspräsident Dr. Ebert hat am 10. Februar 1919 den Reichspräsidentenrat ernannt. Der Rat besteht aus dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler, dem Reichsminister des Innern, dem Reichsminister des Auswärtigen, dem Reichsminister der Finanzen, dem Reichsminister der Justiz, dem Reichsminister des Handels, dem Reichsminister des Reichsaufbaus, dem Reichsminister des Reichswahlrechts, dem Reichsminister des Reichsrechts, dem Reichsminister des Reichsstaatsrechts, dem Reichsminister des Reichsverwaltungsrechts, dem Reichsminister des Reichsprivatrechts, dem Reichsminister des Reichsstrafrechts.

### Der Reichspräsident.

Der Reichspräsident Dr. Ebert hat am 10. Februar 1919 den Reichspräsidentenrat ernannt. Der Rat besteht aus dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler, dem Reichsminister des Innern, dem Reichsminister des Auswärtigen, dem Reichsminister der Finanzen, dem Reichsminister der Justiz, dem Reichsminister des Handels, dem Reichsminister des Reichsaufbaus, dem Reichsminister des Reichswahlrechts, dem Reichsminister des Reichsrechts, dem Reichsminister des Reichsstaatsrechts, dem Reichsminister des Reichsverwaltungsrechts, dem Reichsminister des Reichsprivatrechts, dem Reichsminister des Reichsstrafrechts.

### Der Reichskanzler.

Der Reichskanzler Dr. Fischer hat am 10. Februar 1919 den Reichskanzlerrat ernannt. Der Rat besteht aus dem Reichskanzler, dem Reichsminister des Innern, dem Reichsminister des Auswärtigen, dem Reichsminister der Finanzen, dem Reichsminister der Justiz, dem Reichsminister des Handels, dem Reichsminister des Reichsaufbaus, dem Reichsminister des Reichswahlrechts, dem Reichsminister des Reichsrechts, dem Reichsminister des Reichsstaatsrechts, dem Reichsminister des Reichsverwaltungsrechts, dem Reichsminister des Reichsprivatrechts, dem Reichsminister des Reichsstrafrechts.

### Der Reichsminister des Innern.

Der Reichsminister des Innern Dr. Fischer hat am 10. Februar 1919 den Reichsminister des Innernrat ernannt. Der Rat besteht aus dem Reichsminister des Innern, dem Reichsminister des Auswärtigen, dem Reichsminister der Finanzen, dem Reichsminister der Justiz, dem Reichsminister des Handels, dem Reichsminister des Reichsaufbaus, dem Reichsminister des Reichswahlrechts, dem Reichsminister des Reichsrechts, dem Reichsminister des Reichsstaatsrechts, dem Reichsminister des Reichsverwaltungsrechts, dem Reichsminister des Reichsprivatrechts, dem Reichsminister des Reichsstrafrechts.

### Der Reichsminister des Auswärtigen.

Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Fischer hat am 10. Februar 1919 den Reichsminister des Auswärtigenrat ernannt. Der Rat besteht aus dem Reichsminister des Auswärtigen, dem Reichsminister des Innern, dem Reichsminister der Finanzen, dem Reichsminister der Justiz, dem Reichsminister des Handels, dem Reichsminister des Reichsaufbaus, dem Reichsminister des Reichswahlrechts, dem Reichsminister des Reichsrechts, dem Reichsminister des Reichsstaatsrechts, dem Reichsminister des Reichsverwaltungsrechts, dem Reichsminister des Reichsprivatrechts, dem Reichsminister des Reichsstrafrechts.

### Der Reichsminister der Finanzen.

Der Reichsminister der Finanzen Dr. Fischer hat am 10. Februar 1919 den Reichsminister der Finanzenrat ernannt. Der Rat besteht aus dem Reichsminister der Finanzen, dem Reichsminister des Innern, dem Reichsminister des Auswärtigen, dem Reichsminister der Justiz, dem Reichsminister des Handels, dem Reichsminister des Reichsaufbaus, dem Reichsminister des Reichswahlrechts, dem Reichsminister des Reichsrechts, dem Reichsminister des Reichsstaatsrechts, dem Reichsminister des Reichsverwaltungsrechts, dem Reichsminister des Reichsprivatrechts, dem Reichsminister des Reichsstrafrechts.

### Der Reichsminister der Justiz.

Der Reichsminister der Justiz Dr. Fischer hat am 10. Februar 1919 den Reichsminister der Justizrat ernannt. Der Rat besteht aus dem Reichsminister der Justiz, dem Reichsminister des Innern, dem Reichsminister des Auswärtigen, dem Reichsminister der Finanzen, dem Reichsminister des Handels, dem Reichsminister des Reichsaufbaus, dem Reichsminister des Reichswahlrechts, dem Reichsminister des Reichsrechts, dem Reichsminister des Reichsstaatsrechts, dem Reichsminister des Reichsverwaltungsrechts, dem Reichsminister des Reichsprivatrechts, dem Reichsminister des Reichsstrafrechts.

### Der Reichsminister des Handels.

Der Reichsminister des Handels Dr. Fischer hat am 10. Februar 1919 den Reichsminister des Handelsrat ernannt. Der Rat besteht aus dem Reichsminister des Handels, dem Reichsminister des Innern, dem Reichsminister des Auswärtigen, dem Reichsminister der Finanzen, dem Reichsminister der Justiz, dem Reichsminister des Reichsaufbaus, dem Reichsminister des Reichswahlrechts, dem Reichsminister des Reichsrechts, dem Reichsminister des Reichsstaatsrechts, dem Reichsminister des Reichsverwaltungsrechts, dem Reichsminister des Reichsprivatrechts, dem Reichsminister des Reichsstrafrechts.

### Der Reichsminister des Reichsaufbaus.

Der Reichsminister des Reichsaufbaus Dr. Fischer hat am 10. Februar 1919 den Reichsminister des Reichsaufbausrat ernannt. Der Rat besteht aus dem Reichsminister des Reichsaufbaus, dem Reichsminister des Innern, dem Reichsminister des Auswärtigen, dem Reichsminister der Finanzen, dem Reichsminister der Justiz, dem Reichsminister des Handels, dem Reichsminister des Reichswahlrechts, dem Reichsminister des Reichsrechts, dem Reichsminister des Reichsstaatsrechts, dem Reichsminister des Reichsverwaltungsrechts, dem Reichsminister des Reichsprivatrechts, dem Reichsminister des Reichsstrafrechts.

### Der Reichsminister des Reichswahlrechts.

Der Reichsminister des Reichswahlrechts Dr. Fischer hat am 10. Februar 1919 den Reichsminister des Reichswahlrechtsrat ernannt. Der Rat besteht aus dem Reichsminister des Reichswahlrechts, dem Reichsminister des Innern, dem Reichsminister des Auswärtigen, dem Reichsminister der Finanzen, dem Reichsminister der Justiz, dem Reichsminister des Handels, dem Reichsminister des Reichsaufbaus, dem Reichsminister des Reichsrechts, dem Reichsminister des Reichsstaatsrechts, dem Reichsminister des Reichsverwaltungsrechts, dem Reichsminister des Reichsprivatrechts, dem Reichsminister des Reichsstrafrechts.

### Der Reichsminister des Reichsrechts.

Der Reichsminister des Reichsrechts Dr. Fischer hat am 10. Februar 1919 den Reichsminister des Reichsrechtsrat ernannt. Der Rat besteht aus dem Reichsminister des Reichsrechts, dem Reichsminister des Innern, dem Reichsminister des Auswärtigen, dem Reichsminister der Finanzen, dem Reichsminister der Justiz, dem Reichsminister des Handels, dem Reichsminister des Reichsaufbaus, dem Reichsminister des Reichswahlrechts, dem Reichsminister des Reichsstaatsrechts, dem Reichsminister des Reichsverwaltungsrechts, dem Reichsminister des Reichsprivatrechts, dem Reichsminister des Reichsstrafrechts.

### Der Reichsminister des Reichsstaatsrechts.

Der Reichsminister des Reichsstaatsrechts Dr. Fischer hat am 10. Februar 1919 den Reichsminister des Reichsstaatsrechtsrat ernannt. Der Rat besteht aus dem Reichsminister des Reichsstaatsrechts, dem Reichsminister des Innern, dem Reichsminister des Auswärtigen, dem Reichsminister der Finanzen, dem Reichsminister der Justiz, dem Reichsminister des Handels, dem Reichsminister des Reichsaufbaus, dem Reichsminister des Reichswahlrechts, dem Reichsminister des Reichsrechts, dem Reichsminister des Reichsverwaltungsrechts, dem Reichsminister des Reichsprivatrechts, dem Reichsminister des Reichsstrafrechts.

### Der Reichsminister des Reichsverwaltungsrechts.

Der Reichsminister des Reichsverwaltungsrechts Dr. Fischer hat am 10. Februar 1919 den Reichsminister des Reichsverwaltungsrechtsrat ernannt. Der Rat besteht aus dem Reichsminister des Reichsverwaltungsrechts, dem Reichsminister des Innern, dem Reichsminister des Auswärtigen, dem Reichsminister der Finanzen, dem Reichsminister der Justiz, dem Reichsminister des Handels, dem Reichsminister des Reichsaufbaus, dem Reichsminister des Reichswahlrechts, dem Reichsminister des Reichsrechts, dem Reichsminister des Reichsstaatsrechts, dem Reichsminister des Reichsprivatrechts, dem Reichsminister des Reichsstrafrechts.

### Der Reichsminister des Reichsprivatrechts.

Der Reichsminister des Reichsprivatrechts Dr. Fischer hat am 10. Februar 1919 den Reichsminister des Reichsprivatrechtsrat ernannt. Der Rat besteht aus dem Reichsminister des Reichsprivatrechts, dem Reichsminister des Innern, dem Reichsminister des Auswärtigen, dem Reichsminister der Finanzen, dem Reichsminister der Justiz, dem Reichsminister des Handels, dem Reichsminister des Reichsaufbaus, dem Reichsminister des Reichswahlrechts, dem Reichsminister des Reichsrechts, dem Reichsminister des Reichsstaatsrechts, dem Reichsminister des Reichsverwaltungsrechts, dem Reichsminister des Reichsstrafrechts.

### Der Reichsminister des Reichsstrafrechts.

Der Reichsminister des Reichsstrafrechts Dr. Fischer hat am 10. Februar 1919 den Reichsminister des Reichsstrafrechtsrat ernannt. Der Rat besteht aus dem Reichsminister des Reichsstrafrechts, dem Reichsminister des Innern, dem Reichsminister des Auswärtigen, dem Reichsminister der Finanzen, dem Reichsminister der Justiz, dem Reichsminister des Handels, dem Reichsminister des Reichsaufbaus, dem Reichsminister des Reichswahlrechts, dem Reichsminister des Reichsrechts, dem Reichsminister des Reichsstaatsrechts, dem Reichsminister des Reichsverwaltungsrechts, dem Reichsminister des Reichsprivatrechts, dem Reichsminister des Reichsstrafrechts.



# Beamte und Volksstaat.

II.

Die Beamten als Geistesarbeiter haben nicht weniger Interesse daran, den Volksstaat in seinem Bestand zu sichern, als die werktätigen Arbeiter. Sie als Pioniere der Zivilisation, wie die Lehrer als solche der Kultur, sind, wollen sie ihren Zielen entgegensteuern, nicht gedrungen, sondern durch eine Partei anzuschließen. Es ist nur ihr Nutzen, daß diese eine große politische Partei sei, aber sie muß, wie schon erwähnt, durch ihre Geschichte den Beweis erbracht haben, daß sie darauf aus ist und imstande ist, die freiherrlichen Volksrechte nicht nur zu erhalten, sondern auch auszubauen. Nur eine solche Partei wird auch die Rechte der Beamten achten und deren Forderungen, wenn sie mit dem Willen des Volkes sich decken, erfüllen können. Bürgerliche Parteien werden diesen Forderungen nicht gerecht. Es ist auch nicht eine bürgerliche Partei vorhanden, die frei ist von Gedankenengungen, politisch und damit auch beamtenfeindlichen Ideen. Die Zentrumspartei und der verflochtenen Konjunktiven. Es wird wohl kein vernünftiger Beamter da sein, der sie in den neuen Meiden, die sich diese beiden Sündenrinnen angehen haben, nicht weberkennen wird. Sie gleichen alten bisigen Jungfern, die da meinen, ihre verlorenen Reize durch neue auffällige Gewandlung und auffallende wie eine auf die Herzen gehende Parfüm ersehen zu können. Die Beamten haben es nicht vergessen, wie oft die beiden Parteien unter alter Firma an ihre ihre Maßgebungen ausgetauscht haben. Sie haben es beide von jeher verstanden, die Aufstellung des Christentums von seiner Herrschaft über die Beamten für ihre Zwecke brauchbar zu finden. Die Beamten brauchen nur die Erinnerung aufzufrischen, die sich an die Klänge um die gesellschaftliche Angleichung an die wirtschaftlichen Verhältnisse knüpfen, so wird in jedem einzelnen von ihnen Edam und Born aufsteigen. Schon über die Verdrücktheit und Born über über Ungeheuerlichkeit, die die beiden Parteien ihnen bauteil werden lassen. Nicht zu reden von dem Gohn, mit dem beide die Beamten noch zu übersehen belächeln, der die geringfügigen Nebenverdienste, die wirtschaftliche Lage der Beamten zu bessern, noch als besondere Beweise von Güte und Gnade hinzustellen pflegt. Das war in allen Bundesstaaten dieselbe Melodie und derselbe Text. In ganz Deutschland haben die Beamten dieselbe Tatsache in gleicher Abwandlung und steter Wiederholung weiß Gott wie oft erlebt, daß die Versuche der Beamten, ihre Forderungen durchzusetzen, von diesen Parteien einfach niedergeknüpelt wurden. Nigends ist es den Beamten gelungen, eine ihrer Stellung im Staate würdige Behandlung zu sich zu verschaffen. Anträge an der Reichsversammlung wurden entweder durch Übergang zur Tagesordnung verdammt oder sie wurden so beschleunigt, daß sie wertlos waren, oder aber brutal niedergestimmt. Wäre der Rührerstag des 9. November nicht gekommen, die Beamten würden jetzt noch in ihrem aufgedrängten Verhältnis unter der weitgehenden staatlichen Kontrolle. Dieser Verhältnisse, der um der eigenen Augen der Antragträger und Waffenschwärmer, der Agrar- und Schloßherren allen seine Beamten auf eckhafte Form und wackelnde, warf sich in die Postur eines Kulturarbeiters und drohte mit seinen „freiherrlichen Einrichtungen“, dabei aber in jedem Beamten, eine andere politische, religiöse und wissenschaftliche Überzeugung aus die welche den herrschenden Parteien gemein war. Es ist nicht nötig, Beispiele hierfür aufzuführen. Jeder Beamte hat dabei so oft überhanden, daß es ein Unikum wäre, erst durch Beispiele zu erläutern.

Aus der Reihe der Beamten wurde oft genug genannt, gemacht; umsonst: die Unreaktionäre konnten und wollten deshalb keine anderen als gefügige Werkzeuge in den Beamten.

Mancher Beamte jetzt Geist und Hoffnung auf die neue Mitmachpartei der Deutsch-Demokraten. Wie gehen davon, daß die in der D.-D. P. aufgegangene national-liberale die „Beamtenfreundliche“ ganz eigentümlich beeinflusst werden — man hat ja in den letzten Tagen manchen Vorgesetzten von dem eigenartigen Liberalismus und Demokratismus als Folgeerscheinung der Fusion schon bekommen — waren die Herren Fortschrittler schon als Geldadpatrien nicht gewonnen, den Beamten mehr als was gerade unumgänglich war, zu genehmigen. Treffend kritisiert die D.-D. P. ein sozialdemokratisch gesinnter Beamter in der „Volksstimme“ vom 2. Januar d. J. in einem Aufsatz an die Beamten. Er schreibt:

„Wenn man ... die in der jetzigen demokratischen Volkspartei vertretenen Volksschichten und die Ungleichheiten der bisherigen Lebensbedingungen und gewöhnten die der Volksschichten sich vergegenwärtigt, wo Großindustrielle neben Kleinhandwerker, Warenhändler neben Kleinveräußern, Fabrikanten neben Arbeitern, die „gnädige“ Frau neben dem Dienstmädchen und schließlich der Minister neben dem Schuhmann Platz finden sollen, wenn man ferner berücksichtigt, daß die bisherige politische Denkweise eralteter Kreise, die den Grundgedanken des laisses faire, also das Recht des Stärkeren gegenüber dem Schwächeren vertreten, in der gleichen Partei weiterbestehen soll

neben dem demokratischen Prinzip, unter welchem die verschiedenen sozialen Klassen und Berufsstände und die dadurch hervorgerufenen individuellen Anschauungen und Bestrebungen gleichberechtigte Geltung erlangen sollen, so leuchtet ohne weiteres ein, daß dieses Parteigebilde entweder nicht von langer Dauer sein kann, oder aber, daß die in der Partei vertretenen Lebensauffassungen so wirken, daß, was der eine Teil will, der andere verhindert. Jedenfalls wird aber eine solche Partei ihre kapitalistischen Grundzüge niemals verleugnen. Sie wird es besonders nicht tun, in der künftigen Steuererhebung, in der man wieder alle wirtsch. Gründe für eine möglichst schonungslosste Behandlung des Großkapitals vorzubringen wissen wird auf Kosten der Massen, der Beamten und Arbeiter.“

Der unter den Beamten den Kamischwaren-Standpunkt, die Marktüberpolitik der Deutsch-Demokraten aus ihrem Gebahren während der Wahlen nicht erkannt hat, dem ist nicht zu helfen. Dem müht nur noch eine Kaltwasserkur. Es haben die Fortschrittler nicht besser getrieben wie das Zentrum und die Deutsch-Demokraten werden nicht besser treiben, wie die beiden christlich-nationalen „Volkspartei“. Sie werden die Beamten — volksmäßig ausgedrückt — am Narrenfuß herumführen, wie dies ebendem gemocht haben Der Liberalismus und die kapitalistische Sozialdemokratie sind zur Unfruchtbarkeit verdammt. In ihrer Verpöpfung trifft das in erhöhtem Maße zu. Der Schlüssel in der Politik ist der, daß der Beamte sich durch sie gerade so geprellt sieht, wie durch die der Olfenreaktionäre. Die „Machtentwurf“, aber ich kann doch nicht „Kollid“ bezer, die 80 über die Brust und 60 über das Maul messen, (um einen alten Esers, in dem ab er bitterer und tiefer Ernst liegt, aufzufischen) ist der Beamtenschaft nicht minder unerwünscht als die der Ritter und Knechten.

Da in Bezug auf die Unabgängigen gesagt werden muß, daß die Beamten gegenüber wohl keinen andern Standpunkt einnehmen wie die Reichsbeamten, die Beamten an der Form der Kampfbühne aber sich stoßen und deshalb nur in sehr geringer Anzahl sich ihnen anschließen werden, kann schließlich über sie hinweggegangen werden.

Es kann nach dem Gesagten für die Beamtenchaft nur eine große politische Partei geben, der sie Gefolgschaft leisten muß, will sie ein würdiges Glied im Gebirge des Volksstaates werden, und das ist die Sozialdemokratie.

Die bürgerlichen Parteien geben sich freilich alle nur erdenkliche Mühe, um die Beamten vor der Sozialdemokratie gewieft zu machen und mancher Beamte, dem noch die Angst vor „Bedenkens fähigen Dingen“ in den Weinen flößt, findet nicht die Kraft sich von diesem Gräueltat frei zu machen. Selbst wenn ihm der Verstand die Frage des Sozialdemokratischen Wählens-Wählens mit einem klaren Ja beantwortet, so ist er nicht unglücklich, wenn er die Partei den Rücken zu kehren, die ihm einig und allein aus dem tatsächlichen Vornehmen herauszukommen vermöchte: der Sozialdemokratie. Die Erhaltung der „Lagebeweise“ zu be trachten, ist Sache einer weiteren Untersuchung. Grim.

W.B. Paris, 7. Febr. Havas. Der Oberste Kriegsgericht tagte gestern nachmittag. Es wohnten ihm bei Präsident Wilson, die Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen der 5 Großmächte, sowie die englischen Sachverständigen. Der Rat begann mit der Prüfung der Erneuerung des Waffenstillstandes. Er wird seine Beratungen heute zu Ende führen.

## Deutsches Reich.

### Die künftige deutsche Verfassung.

Es herrschen starke Meinungsverschiedenheiten über die künftige deutsche Verfassung. Die eine Richtung tritt für die Bildung einer starken Zentralgewalt ein, die andere vertritt die Auffassung, daß die partikularen Regierungen in den Einzelstaaten die Hauptträger der Staatshoheit sein müssen. Die Führung dieser partikularen Bestrebungen gegen eine starke Zentralgewalt liegt in München in den Händen eines Mannes, der sich in dieser Beziehung von keinem Partikularisten älteren Schlages untersteht. Es handelt sich dabei in erster Linie um die Einschränkung der legislativen Kompetenz, vorerst der Nationalversammlung und später auch des lauernden Reichstages. Durch das Mißverständnis- und Verwehrt der Einzelstaaten, wie es früher von den noch in bester Erinnerung stehenden Bundesräte ausübt worden ist. Leider findet diese Strömung auch in den übrigen süddeutschen Staaten und bei den rüchrichtlichsten Parteien Norddeutschlands, so sogar in einem Berliner Kreise beträchtliche Unterstützung. Demgegenüber wird es dringende Aufgabe sein, in vereinigten Bemühungen den preußischen und bayerischen Partikularisten den starken Willen der Volkshoheit auf Schaffung einer überragend starken Reichs-Zentralgewalt entgegenzusetzen. Alle die einsehen, daß nur die Kräftigung der inneren Reichseinheit das deutsche Volk insstand setzt, die sich türmenden Schwierigkeiten dieser Tage zu überwinden, werden sich freudig regen müssen, um das Reichswohl gegenüber den partikularen Bewegungen sicherzustellen.

### „Was ist Jüngling?“

Berliner Morgenblätter berichten über einen eigenartigen Vorfall. Als sich Karl Viel nichts neunzehnjähriger Sohn wieder zum Unterricht meldete, nachdem das Provinzial-Kollegium seine Wiederaufnahme in das Städtische Gymnasium angeordnet hatte, erhoben sich seine sämtlichen Mitschüler, 8 Bismarck, von ihren Plätzen und erklärten, sie wollten mit ihm zusammen nicht mehr unterrichtet werden. Trotz des Zuredens des Lehrers und des Direktors, die betonten, man müsse doch rein menschlich mit dem jungen Mann Mitleid haben, blieben die 8 Bismarck bei ihrer Weigerung bei der Begründung: „Mit Mitleid haben wir kein Mitleid“. Bei er feigt es, sie wollten eine Erklärung ihrer Eltern beibringen, daß diese mit ihrem Vorhaben einverstanden seien, und sie drohten mit Streik, wenn der Versuch des Provinzialkollegiums nicht rückgängig gemacht werde. — Die „Deutsche Tageszeitung“ berichtet über diese Angelegenheit unter der Überschrift: „Wadere Jünglinge“.

Allein diese Stellungnahme des alldeutschen Schandbattes ist schon für den Fall bezeichnend. Wir vermögen in dem Verhalten der Herren Städtischer Bismarck keine Spur von Tapferkeit, sondern nur ein Gefühl niedriger gemeiner Gesinnung, dazu Dummheit und Frechheit zu erblicken. Erliegt steht den Schülern überhaupt nicht das Recht zu, so streifen oder nur mit Streik zu drohen. Sie können sich — außerhalb der Schule — politisch betätigen, wie sie und ihre wertigen Eltern es wollen. Können an Wahltagen Dienste für die deutschnationale Volkspartei leisten, Propagandaflüßblätter verteilen. Aufgedruckten an sämtliche gehörigen Bundesstellen unterzeichnen und in der nächsten Konvention eine Kandidatur beantragen, aber was Karl Viel nicht und sein Sohn in den letzten Monaten getan hatten, geht sie und ihre Eltern für den Bereich des Unrechts gar nichts an.

Wenn: Viel nicht zum Bürgerrecht gehet, durch seine Schand sind unheilvolle Reaktionen begründet gegangen und sein Sohn hat sich als ein Bürgerrecht betätigt. Aber für die bürgerlichen Jünglinge, denen die „Deutsche Tageszeitung“ ihre Bewunderung ausdrückt, für sie ist die letzte, die ein Recht haben, sich darüber zu entäußern. Was würde die „Deutsche Tageszeitung“ schreiben, wenn das sozialdemokratische Proletariat, das heute die Macht hat, mittelloses gegen die mittellose Bourgeoisie wüten wollte? Wenn sozialdemokratische Bismarck sich weigern würden, neben dem Sohn des Generals von ... zu sitzen? Da zu noch fünf Tage nach dem Begräbnis dieser Erzellen? Sie würde ganz gewiß die Rute für diese „wadere Jünglinge“ empfehlen. Wie auch.

## Ausland.

Berlin, 8. Febr. In Rußland erfolgt der Rat der Regierung einen Aufruf, im Hinblick auf Lechnichs Tod die Borkerei ungen zum Einmarsch in Rußland und zur Vereinigung mit Sparta zu beschleunigen. Die Zeitungen sind mit Trauerkandern besetzt.

W.B. Bern, 8. Febr. In der vorgelagerten französischen Kammerung, in der die Regierungsvorlage über die Verfassung des Bundes mit Lebensmitteln ergründet wurde, wurden von den Zeitungen des Publikums an die Abgeordneten des Nationalrats der Bauarbeiter des Seinedepartements in den Sitzungssaal geworfen. Die Aufregung an die Abgeordneten wählten, weniger zu reden und mehr dafür zu sorgen, daß Best auf den Tisch der Arbeiter komme. Die Flugblätter fordern Reichsregierung für die Arbeiter, die die Arbeitslosenunterstützung in der jetzigen Form als demütigend bezeichnen.

W.B. Luzern, 7. Febr. Die Kammer nahm den Antrag, wodurch den Frauen das Stimmrecht für die Wahlen zuerkannt wird. Die Altersgrenze ist das 21. Lebensjahr. Die Wählbarkeit beginnt vom 25. Lebensjahre an.

W.B. Wien, 7. Febr. Amtlich. Die Volksabstimmung in Kärnten ist heute in 82 Gemeinden des strittigen Gebietes beendet worden. Die Zahl der stimmberechtigten Wähler betrug 74.447, abgegeben wurden 61.809 Stimmen, davon für Deutsch-Oesterreich 61.491 und für Südslawen 360. Ferner wurden 48 unbefriedigte Stimmzettel abgegeben.

W.B. Brüssel, 7. Febr. Das Automobil Vandevelde ist mit einem Tandemwagen zusammen. Vandevelde wurde am Kopfe schwer verletzt.

## Das verlassene Dorf.

Roman aus dem Dreißigjährigen Kriege von Friedrich Thieme.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

3. Kapitel.

An all dies dachte die arme Margarete, als sie an jenem wachsenden Morgen in ihrem Bett lag. Gut — was für ein schauerlicher Augenblick! Wirklich ein Grad! Aber konnte sie auch Rettung und Befreiung zugleich verlangen? Sie raffte das Stroh auf dem Boden des Verliehes zusammen, um sich einen weichen Sitz zu schaffen und reichte dem Bodechen eine Handvoll des reich im Stall aufgenommenen Grajes, doch das Tierchen wollte nicht fressen in der Finsternis und lag wie betäubt auf ihrem Schoße.

Vielleicht war es ein Unrecht gewesen, es einzuweihen? Aber gewiß es nicht ebenfalls zur Erhaltung seines Lebens? Und ihr selber dachte die Gefangenschaft minder jährlüch in Gesellschaft des Tieres — es war doch etwas Lebendiges, das sie umschloß hielt. Sie schloß sich nicht so allein, so verlassen, so begraben!

Und wenn ein Unglück sich ereignete — besser hier erstickt als in die Hände dieser Lützen fallen! Schaudernd dachte sie an eine junge Maid im Fränkischen, von der erzählt worden, sie hätte sich aus Furcht vor den Soldaten in einem leeren Sarge verborgen, und er war ihr wirklich zum Sarge geworden; denn als man den Sarg aufschloß, war sie tot! Margarete schloß sich an der kleinen Öffnung, durch welche die Luft hereinströmte. „Gott sei gedankt“, murmelte sie, denn die Mähre war offen. Sie fühlte es ja überdies an dem eifigen Gange, der durch sie von draußen hereinströmte! Die Mähre diente ihr als Spracher, der starke Erdbelag über ihr hätte gewiß alle Töne gedämpft, aber durch die Öffnung drangen weiterhin die rauheren und lautereren Geräusche an ihre gespannt lauschenden Ohren.

Denn sie hatte in der Tat in unerhörter Spannung der Vorgänge auf der Oberfläche. Und was sie hörte, war nicht

gesehen, sie ruhte zu stimmen. Garten und Hof eritterten unter dem Getraupel der Pferde und Soldaten: rauher Stimmen Fluchen und Schreien, Getöse von Weibern und Kindern mischte sich zu einem unartikulierten Getöse. Das ganze Bestium schien von Menschen zu wimmeln. Der arme, arme Vater! Er ganz allein hatte all diesem Drängen und Bestürmen standzuhalten! Wütend floßen ihre Tränen in die Nacht ihres Herkes, zu heiligem Gebete preßten ihre Hände sich ineinander.

„O Gott, Gott, warum läßt Du so Gräßliches geschehen!“ stöhnte sie leise, aber reuenvoll wies ihr frommes Herz logisch die aufsteigenden Zweifel an der Gerechtigkeit und Güte der Vorsehung zurück. So verrann lange Zeit — Stunden mußten es sein nach ihrem Empfinden, doch war sie sich selber nicht klar über die Richtigkeit ihres Gefühls; denn ihr wurden diese Minuten zu Stunden. Einmal fing ihr Herz in jähem Entsetzen zu klopfen an. Schallendes Gundegebell unterdrückte jäh die Stille, dem ein Zusammenlaut laut brüllender, jöhender Menschen folgte. Allerdings unterdrückte sie kaum einzelne Töne, zu viele Stimmen mischten sich ineinander, auch war der Schauptag des Auftritts wohl zu weit von ihr entfernt. Nur das Wort „Loch“ drang ein- oder zweimal deutlich zu ihr; und es klang fremdartig und hoch durch die enge Öffnung.

Gotte die milde Schar die Öffnung entdeckt und den Sarg verließen erraten?

Am ganzen Leibe zitternd, horchte sie aufmerksam. Doch die Töne verloren sich bald wieder. Würde man nun nach ihrem Aufschreie forschen? Alles blieb indessen ruhig, für einige Zeit trat sogar eine Stille ein, die ihr Gemüt fast noch mehr bedrückte, als vorher der Trubel und Lärm.

Was würde nun kommen? Fast wie eine Ahnung preßte es sie. Sie hörte ihr Herz laut und lang gegen die Brust klopfen. Sie brauchte nicht lange zu warten. Ein größeres Schreien, ein marbrandringendes, jährlüch Schmerzergeüll gellte bis hinab in ihre Gruft. Gerechter, allmächtiger Gott im Himmel! Das war ihres unglücklichen Vaters Schrei! Was nahmen die unbarberigigen, rucklosen Menschen mit ihm vor? Gewiß wurde er gefoltert, um von ihm

das Bekenntnis verborgenen Gehebes zu erpressen, der bemitleidenswerte Mann besch ja nicht, gar nichts mehr, er konnte nicht sprechen! Um so mehr aber würden sie ihn peinigen.

Nein, sie konnte nicht mehr bleiben! Hin aus, hinaus, war ihr einziger Gedanke. Mit bebender Hand faßte sie die neben ihr liegende Axt und führte Schläge gegen die Falltür — wohl achtete sie, ihre Selbstverwundung war nur durch Stundenlange, angestrengte Arbeit herbeizuführen, aber vielleicht hörte man sie und forchte nach ihr in der Hoffnung, die verdrücktenen Schätze zu entdecken! Mit Anspannung aller ihrer Kräfte arbeitete sie, — da gedachte sie ihres Schwurs und ließ gramvoll die Arme sinken.

Sie hatte gekämpft — mit einem Eide sich zur Dummheit verurteilt! Beging sie nicht eine Todsünde, wenn sie ihrem Vater den Eid brach? Würde der alte Mann nicht noch mehr leiden, wenn er auch sein Kind in den Händen der Räuber erblickte? Und hatte er nicht recht — vermochte sie ihm denn zu helfen? Sie, ein schwaches Weib?

Nein, gewiß nicht — und doch empfand sie es als eine Sünde, hier in talentloser Sicherheit zu sitzen, indes ihr Vater, der alte Mann von den Soldaten gemartert und vielleicht erschlagen wurde! Das ging über Menschenkraft! Vermeint vermochte doch ihr indrünt ges Flehen die Herzen der Kriegsmänner zu erreichen — und wenn nicht, so konnte sie wenigstens schreien, konnte mit ihm sterben! Auch darin lag ein Trost für sie!

Wieder hub sie zu klopfen an und wieder mars, als läße sie keinen traurigen Blick, mit dem er sie anredete, und vernahme das Flehen und Wollen seines Mundes: „Scharre es mir — Du vermagst mir nicht zu helfen, was sie mir auch antun — Du gehst höchstens mit mir zu runde — und Dein Anblick vermehrt noch mein Leiden. Gelobe es mir, Margarete, sei gehoramt.“

Es obt Kämpfe des Tages, in denen auch der edelste Mensch sich des rechten Wegs nicht beruht: ist — wievieljährig: ist die kein Seeherren, kein Philosoph zu Wien vermag. Was war in diesem Falle das rechte?

Schmerzhaft sank das tallose, gequälte junge Mädchen in sich zusammen. (Fortsetzung folg.)

Ein ...  
Von ...  
Die ...  
in der ...  
Streif ...  
jeder ...  
Deut ...  
rungen ...  
Summ ...  
ruher ...  
D ...  
Streif ...  
gehe ...  
Streif ...  
streif ...  
jeder ...  
gewonn ...  
gen je ...  
es lieg ...  
richtig ...  
sich in ...  
zia ...  
Die ...  
Feld ...  
Gummel ...  
mir nehm ...  
Sitzung ...  
Streif ...  
t ...  
mit, alle ...  
fung d ...  
fert. In ...  
in deren ...  
für die ...  
Revoluti ...  
sich die ...  
enthalten ...  
Ernähru ...  
bürgerlich ...  
dieser ...  
Beamteng ...  
Streif ...  
Die ...  
e ...  
auch das ...  
den muß ...  
den ...  
st ...  
sicher mehr ...  
Aufsicht ...  
Wir ...  
handlung ...  
unmöglich ...  
lung aus ...  
weil ...  
weil ...  
das ...  
die ...  
Staat ...  
während ...  
gleichbed ...  
zur ...  
Die ...  
Lande ...  
wiederholt ...  
auf dem ...  
er auch ...  
Arbeiter ...  
Bard ...  
der ...  
Sache ...  
beil ...  
n ...  
r ...  
wirkt ...  
wirkten ...  
nicht in ...  
in der ...  
wohl ...  
Sand ...  
während ...  
die ...  
wie ...  
um so ...  
eine ...  
be ...  
be ...  
die ...  
L ...  
Wenn ...  
es ...  
ber ...  
die ...  
gehören ...  
aus ...  
gründ ...  
Menschen ...  
waren, wo ...  
kam ...  
die ...



**Eisner und die Kinder.** In Hamburg haben Frauen und Kinder vor der englischen Lebenskommission demonstriert, um die Not der Kinder vor Augen zu führen. Auf die Engländer machte dieser Zug des Elends den größten Eindruck. Zur gleichen Zeit erklärte Kurt Eisner in Bern, Deutschland habe kein Recht, über die Hungerelende zu jammern. Deutschland sei schuld am Krieg und habe diese Schuld zu büßen. — Demnächst werden also die hungernden Frauen und Kinder des deutschen Proletariats zunächst vor Kurt Eisner zu demonstrieren haben, der sich gewissermaßen erweist, als selbst unsere erbittertesten Gegner.

**Baden.**

**Zum Streikrecht der Beamten.**

Eine Antwort an Herrn Professor Gummel. Von einem Mitglied der Verfassungskommission wird uns geschrieben:

Die Aufstellung der Frage des Streikrechts der Beamten in der Verfassungskommission hat in der Bad. Revue eine Artikelstimmung hervorgerufen. Das Revue um in Absehung nicht sich zu Unrecht angegriffen, wenn man nachfragt, es sei in der Verfassungskommission gegen das Streikrecht der Beamten aufgetreten. An dieser Tatsache ist jedoch nicht zu denken und nicht zu denken. Auch die Deutsche demokratische Partei rückt mit Erklärungen heraus, die recht eigenartig anmuten. Herr Prof. Gummel schreibt in der Samstagnummer des „Karlsruher Tagblatts“:

„Das Streikrecht ist ein Mittel zur Anwendung des Streiks. Die Juristen des Zentrums haben auf dem entgegengelegten Standpunkt. Sie erziehen im Streikrecht das Streikrecht nicht ohne weiteres (begriffen). Dieses Recht zu streiken hat jedermann, solange nicht Staaten auf den Streik gesetzt sind. Niemand denkt daran. Ein Streik wird nämlich gewonnen oder verloren. Wer den Streik gewinnt hat ihn eben gewonnen. Wer ihn aber verliert, hat gewisse Rechtsfolgen. Je nach seinen Arbeitsbedingungen auf sich zu nehmen. Es liegen also doch ohne Schuld von irgend einer Seite Schwierigkeiten vor, die nicht gelöst werden können dadurch, daß man sich in der Verfassung darüber auspricht, wie es die Sozialdemokratie tun möchte.“

Wie Herr Prof. Gummel zu einer solch unrichtigen Behauptung gelangen kann, das ist uns unerfindlich. Herr Gummel ist nicht Mitglied der Verfassungskommission und wir nehmen zu seiner Aufschuldung an, daß er in dem Sitzungszimmer nicht zugegen war, als über die Frage des Streikrechts verhandelt wurde. Die sozialdemokratische Partei hat in dieser Frage haben in der Kommission mit allem Nachdruck und ohne jede Einschränkung das Streikrecht für die Beamten gefordert. An diese Forderung knüpfte sich eine bewegte Debatte, in deren Verlauf der Schreiber dieser Zeilen den Herren der Sozialdemokratie erklärte, er könne sich nicht nach der Revolution über das Land begeben, nicht denken, daß sich die Familien der Angestellten des Staates die weitere Verankerung des Streikrechts gefallen würden. Diese Ermahnung wurde als Drohung aufgefaßt und als solche von bürgerlicher Seite zurückgewiesen. Von sozialdemokratischer Seite wurde im Hinblick auf diese Kontroverse auf das Beamtenrecht hingewiesen, das im Falle der Anwendung des Streikrechts den Beamten verschiedene Schwierigkeiten bietet. Die sozialdemokratischen Redner haben es als ganz selbstverständlich vorausgesetzt, daß wir die andere Seite so auch das Beamtenrecht, später der Verfassung angepaßt werden muß. Wie Herr Gummel da nun sagen kann, die Sozialdemokratie möchte sich darüber in der Verfassung ausprechen, das ist nach Feststellung vorstehender Tatsachen sicher mehr als ein Mittel. Oder soll etwa die Verfassung mit Ausführungsbestimmungen besetzt werden?

Wir hätten es gerne vermieden, auf den Gang der Verhandlung in der Kommission hinzuweisen, es läßt sich aber unmöglich dünden, daß ein Mitglied der Nationalversammlung aus irgend weiser Weise verhandelt, lediglich deshalb, weil jetzt eingetreten ist, womit jeder Parlamentarier rechnen muß, und was wir in vorerwähnter Weise annehmen, daß sich die Beamten nämlich nicht mehr als Bürger zweiter Klasse behandeln lassen. Die Einzelne und sonstige Staatsangehörigen erklären sich nach ihren Miteinstimmungen während des Krieges als mündig, und damit muß auch die gesetzgebende Nationalversammlung ernstlich rechnen. Dies zur Strenge der Wahrheit!

**Die Abschaffung der Meidaille.** Von einem Arbeiter vom Lande wird uns geschrieben: Der „Volksfreund“ hat sich schon wiederholt mit der Arbeitslosigkeit und dem Arbeitermangel auf dem Lande bei der Landwirtschaft beschäftigt, u. a. brachte er auch die Mitteilung, daß in der Landwirtschaft etwa 600 000 Arbeiter fehlen würden. Man kann der Aufforderung um eines Arbeitsblattes, die Arbeitslosen sollen aufs Land gehen und der Landwirtschaft helfen, gewiß nur zustimmen. Allein, der Sache hat auch eine andere Seite. Man kann von dem Arbeitslosen nicht gut verlangen, kann vor allem auch seinen moralischen Stand auf sie auswirken, daß sie nun sich in der Landwirtschaft betätigen möchten, solange noch Massen von Landwirten, Söhne und Töchter vom Bauern, die ihr Leben noch nicht in der Industrie beschäftigt waren, die über die Arbeiterländer nicht abfällig und dochmäßig genug urteilen konnten, in der Industrie beschäftigt sind. Die Herrschaften wäre es wohl schon recht, wenn die Industriearbeiter jetzt die Arbeit der Landwirtschaft für die paar Pfennige begehren, die man während des Krieges den Gefangenen gegeben hat, während die Landwirte selbst für hohen Lohn sich Arbeit in der Industrie suchen und auch reichlich fanden. Ihre Arbeit wurde um so lieber angenommen, als mit ihrer Beschäftigung auch eine reichliche Versorgung des Arbeiters mit Lebensmitteln verbunden war, denen dadurch das „Lurdskalten“ so sehr erleichtert wurde. Jetzt müssen sie wohl die Ertragsminderungen, die die Revolution den Arbeitern brachte, ganz ruhig in die Tasche stecken. Hier könnte die Regierung helfen eingreifen, und es wären damit zwei Fliegen mit einem Schlag zu treffen. Wenn alle, die ihr Brot bekommen hätten, aus der Industrie entlassen würden, so wäre wieder Platz für etliche Tausend Arbeiter geschaffen. Der Landwirtschaft würden außerdem auch die Arbeiter zugewandt, die auch tatsächlich zur Landwirtschaft gehören. Nichts ist wäre da jetzt angebracht, denn mir ist schon so vielen Kreisen das Wort erinnert, das sich, als das nächste Menschenmorden aufhörte: Jetzt muß der Krieg aufhören, wo man für den Zentner Weizen 80 Mark bekommen konnte, oder: „Gähe der Krieg doch noch so lange gedauert, als unter Tabak fort oawien wäre“. Wenn diese Leute, die

immerhin zu Hause ihr Auskommen, ihre Nahrung haben, sich nicht moralisch für verpflichtet halten, den Arbeitern Platz zu machen, dann müssen sie eben auf andere Weise dazu gezwungen werden. Der Arbeiterbewegung gegenüber zeigen sie ja auch kaum irgend welches Interesse, standen ihr sogar zum Teil feindlich gegenüber.

**Sitzung des Zentralkomitees der bad. Zentrumspartei.** Das Zentralkomitee der bad. Zentrumspartei trat am letzten Montag in Offenburg zu einer Sitzung zusammen, an welcher die Abgeordneten der Nationalversammlung, wie auch die Verleger und Redakteure der Parteipresse teilnahmen. Die Vertreter der Zentrumspresse hatten am Sonntagabend eine Sonderveranstaltung gehabt, in welcher alle zur Zeit wichtigsten wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen der Parteipresse einer Beratung unterzogen wurden. — In der Sitzung des Zentralkomitees gab zunächst Finanzminister Dr. Wirth einen kurzen Überblick über die Lage im Reich, wie in Baden. Im Anschluß an das Referat, in welchem der Redner ein düsteres Bild unserer gegenwärtigen Lage malte, wurden die neuen Satzungen für die Landespartei durchgesehen. Der Entwurf baut die Organisation auf Orts- und Bezirksausschüsse auf, an deren Spitze der Hauptausführer, der geschäftsführende Vorstand und die Landesverwaltung stehen. Die Wahlen zu den verschiedenen Ausschüssen erfolgen nach dem Mehrheitsystem. Dem Entwurf, der u. a. auch die volle Gleichberechtigung der männlichen und weiblichen Mitglieder vorsieht, wurde lt. „Bad. Beobachter“ in seinen Grundzügen zugestimmt. Nach dem Referat wurde anstelle des wegen hohen Alters zurückgetretenen Hauptstabsführers Dold in Freiburg Vorkammerpräsident in Freiburg zum Hauptkassier gewählt. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde über die Ausgestaltung der Agitation berichtet. Es folgte ein Referat des Hrn. Wittenmann über den Wahlausfall und die derzeitige politische Lage. In der Aussprache wurde auch die Frage des Koalitionsrechts und der Steuerungsfrage in den Bereich der Beratungen gezogen.

**Die Ausführensatzungen nach der Revolution.** Es werden öfters Zweifel geäußert, ob über die zur Gewährung von Volksrenten vorgesehenen Reichs- und Staatsmittel auch nach den politischen Umwälzungen tatsächlich verfügt werden kann. Nach einer Aufzählung des neuen Reichsfinanzsystems für das Rechnungswesen, des Regierungsrats Scheidt, sind die Volkseinkünfte selbstverständlich mit der Auszahlung des genehmigten Betrages von 100 Millionen Mark einherfallen. Schritte zur Eröffnung dieser Mittel auf 500 Millionen Mark sind bereits getan. Auch in Baden werde, wie der „Bad. Beobachter“ mittelt, die Volkseinkünfte gegeben und zwar werden das Reich drei Sechstel, der badische Staat zwei Sechstel und die Gemeinde, in welcher der Bau errichtet wird, ein Sechstel der Zuschüsse übernehmen. Allerdings können diese Beträge nur in demjenigen Gemeindegebiet verwendet werden, in denen ein dringendes Bedürfnis an neuen Wohnungen vorhanden ist.

**Einschränkung der Pferdebeschlagnahmen.** In der letzten Zeit haben die Behörden die Beschlagnahme gemacht, daß auch vielfach Gebrauchspferde in größeren Mengen aufgefahrt und zum Zweck der Schlachtung auf Schlachthöfen ausgeführt worden sind. Da die Erhaltung aller noch zur Arbeit verwendungsfähigen Pferde für landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebe dringend geboten erscheint, und da eine allseitige Ausübung von Pferden vermieden werden muß, sind die bisherigen Bestimmungen über die Beschlagnahme resp. die Ausfuhr von Gebrauchspferden verändert worden. Die Regierung hat nun verordnet, daß auch der Verkauf oder die sonstige Veräußerung von aus dem Beschlagnahmegebiet herbeigeführten Pferden der vorherigen Genehmigung bedürftig ist.

**Ein Verzicht für die nationalliberale Partei.** Das langjährige Mitglied der zweiten Kammer, Anwalt Kasent in Müllers, ist im Alter von 62 Jahren an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben. Seit dem Jahre 1899 hat der Verstorbenen der zweiten Kammer angehört. Während einer der letzten Sitzungen des im Sommer vorigen Jahres zu Ende gehenden Landtags wurde er von einem Schlaganfall befallen, von dem er sich nicht mehr erholte. Als Mitglied der nationalliberalen Partei vertrat er in der Kammer nicht allein die Interessen seines Bezirks, sondern trat besonders bei Erörterung landw. Fragen hervor. Viele Jahre hindurch war er auch Schriftführer der zweiten Kammer und in verschiedenen Ausschüssen tätig. Auch hatte er verschiedene Ehrenämter in Gemeinde und landw. wirtschaftlichen Organisationen inne.

**Durlach, 9. Febr.** Die Volkwehr beschlagnahmte drei Körbe mit etwa 3/4 Zentner Rindfleisch, das für Karlsruhe bestimmt war. \* Weidenheim (Bad.), 9. Febr. Eine durchgehende Meidaille fuhr, da der Liebeszug nicht abgelehrt war, in eine das die 3 passierende Eisenherde, wobei gegen 20 Schafe getötet wurden.

**Stuttgart, 9. Febr.** Von schwerem Leid wurde unter Stadtdirektor Bürgermeister Hugel betroffen. In der Mitte der Jahre hat ihm seine Frau an Grippe. Ein glückliches Familienleben hat der unerwartliche Genetor Tod jäh gerissen. Am Begräbnis nahm die Einwohnerschaft großen Anteil, der Gemeinde rat vollständig, ebenso die städtischen Beamten und Bediensteten, und die Einwohner aus allen Bevölkerungsschichten.

**Mitterteich (N. Ostschw.), 7. Febr.** Einem Landwirt wurde ein Schwein aus dem Stalle gestohlen. — Zwei Döbe entwenden hier ein Schwein, werden es fort und schlachten es halbwegs nach Pfullen. Sie bel wurden sie erlapp.

**Wernau, 9. Febr.** Auf dem hiesigen Bahnhof wurden von der Gendarmerie zwei Eisenbahnwagen mit rund 2000 Liter Branntwein, einem Zentner Zucker, Säuren und Bohnen beschlagnahmt. Die beiden Wagen waren als Weinbindung und Umzuggut deklariert. Käse kost bleibt, wie eine beträchtliche Menge Branntwein ohne Wissen der Wahnbehörde verladen und dazu noch falsch deklariert werden konnte. Die beiden Wagen waren auf Staat an Odenhöfen geladen worden.

**Wernau, 8. Febr.** Manche Köpfe scheinen von der neuen Zeit noch nicht gelehrt zu haben. So läßt die hiesige „Musikgesellschaft“ ihre Mitglieder in das Finanzamtsgelände zu einer Generalversammlung ein, also in ein staatliches Dienstgebäude, dessen Heizung und Beleuchtung auf Staatskosten geschieht. Der Vorstand der Gesellschaft ist der Vorstand des Finanzamtes. Würde das Finanzamt aus dem Gewerkschaftscharakter zu einer Generalversammlung zur Verfügung gestellt, geht und beabsichtigt werden? Selbst wenn mit der Generalversammlung ein Abbruch des bestehenden Vorstandes veranlaßt wird, muß gegen diese einseitige Verletzung eines staatlichen Gebäudes für Privatgewinne einer Vereinigungsgesellschaft Einspruch erhoben werden.

**Offenburg, 9. Febr.** Eiderem Vernehmen nach bestmöglichst die französische Regierung wünschentlich durchsichtliche 1200 Personen, die aus Elbsch-Lotzungen ausgewiesen werden, über Rehl nach Offenburg abgeben zu lassen. Es sind laut „Offenb. Ztg.“ Unterhandlungen im Gange damit die Transporte nicht auf einmal, sondern geteilt ein treffen. — Offenburg und Appenweier, sind mit Flüchtlingen aus Straßburg und Orten des Saarlandes überfüllt. — We das Bezirksamt Offenburg mittelt, sind vorerit über den Verkehr mit den Gemeinden des Brückenpöbels teilsweise Vorkehrungen ausgegeben. Ausweise, die von einem Bürgermeisterrat ausgestellt und mit dem Dienststempel versehen waren, wurden von den französischen militärischen Stellen nicht beannt.

**Oegenbach, 9. Febr.** Eine hier abgehaltene Delegiertenversammlung der Vereinigung aktiver Unteroffiziere, zu welcher Ver-

treter sämtlicher Regimenter und Standorte des 14. A. R. erschienen waren, beschloß geeignete Vertreter in das Kriegsministerium zu entsenden, um dort auf die Erfüllung der gestellten Forderungen, die hauptsächlich die Zukunft der Unteroffiziere betreffen, zu dringen.

**Geislingen, 7. Febr.** Der stürzte das Vreal des Gastwirts Spinnagel aus Griesen durch Scheuen der Pferde um. Von den drei Insassen wurde einer schwer verletzt.

**Konstanz, 7. Febr.** Der bekannte Flieger Ernst Schlegel hat eine Denkschrift über die Organisation des deutschen Flugwesens ausgearbeitet, in der er eine amtliche badische Vertretung im Reichsluftamt und für Baden ein besonderes badisches Luftamt fordert.

**Protest der ausgewiesenen Elbsch-Lotzinger.**

**Freiburg i. Br., 7. Febr.** Gestern abend nahm eine sehr zahlreich besuchte Versammlung betrübener Elbsch-Lotzinger eine Entschlußfassung an, in der die deutsche Nationalversammlung in Weimar um Schutz und Hilfe gebeten wird wegen der Notlage, in der die Vertriebenen sich augenblicklich befinden und in der protestiert wird gegen die dem Wasserstillstandsvertrag, dem Völkerecht und der Menschlichkeit zuwiderlaufenden Massenausweisungen und schmachvolle Behandlung der vertriebenen Elbsch-Lotzinger. Gleichzeitig bittet die Versammlung um Gewährung fortlaufender Vertriebenen-Unterstützung aus Reichsmitteln, um Reichszuschuß für genossenschaftliche Darlehensanstalten für die Vertriebenen zur Erleichterung ihres wirtschaftlichen Wiederaufbaues, um schleunige Aufnahme der vertriebenen Beamten, Geistlichen usw. in den Reichsdienst und in den hierzu verpflichteten Bundesstaaten.

**Die Franzosen im Saarerland.**

**Offenburg, 8. Febr.** Die aus Straßburg und dem Elbsch hier angelommenen Flüchtlinge erzählen, daß zwar in Straßburg Lebensmittel in Fülle vorhanden sind, daß sie jedoch bei den dort geübten Preisen der Mehrheit der Bevölkerung unzugänglich bleiben. Die Wohnungen in Straßburg sind vielfach auf die Hälfte des früheren Wertes herabgesunken. Mit Absicht hört man von den Befehlshabern, namentlich von den afrikanischen Truppen, geübten Ausschreitungen auf sittlichen Gebiet. — Leber den Einmarsch des französischen Generals Girardier in Rehl mit den Besatzungstruppen wird nachträglich noch berichtet, daß während des Vorbeimarsches Filmaufnahmen gemacht wurden. Das Verhalten der Rehl Bevölkerung ist so zurückhaltend wie möglich. Nur die Familie des Generaldirektors Levent und die Familie Viebermann hatte als einzige französische Fahnen ausgehängt. Wegen geringfügiger Verletzungen gegen die Franzosen sind schon verschiedene Verhaftungen erfolgt. Ein Fräulein aus Rehl, das bei einer Radfahrt mit einem französischen Kraftwagen zusammengestoßen war, wurde sofort verhaftet und erhielt zwei Monate Gefängnis. Die Lehrerin von Ueberheim, die erklärt hatte, sie lasse die „Franzosenkinder“ nicht in ihre Schule, bekam drei Monate Gefängnis. Ferner wurden vier Frauen wegen Verletzungen gegen die Franzosen ins Gefängnis abgeführt.

**Zum Ende der Feldpost.**

Wir sind von einem Soldaten aus einem Lazarett in Baden-Weiden geschrieben: Nach einer kürzlichen Verordnung ist ab 1. Februar die „Feldpost“ aufgehoben, die Soldatenleistungen unterliegen nun wieder den Bestimmungen der Friedenszeit; das Militär ist verpflichtet, die Briefe wieder zu frankieren. Es wäre an und für sich gegen diese neue Einrichtung nichts einzuwenden, ein mal müßte ja die „Feldpost“ ein Ende haben. Soldaten, die in Garnison stehen und ihre Lohnung erhalten, können schließlich auch ihre Post frankieren. Anders ist es aber bei den Anwesen der Lazarette, die noch nicht wieder hergestellt sind, die vielleicht noch Wochen oder Monate lang dort bleiben müssen. Es ist eine offenkundige Ungerechtigkeit, daß diese Leute nun Porto zahlen müssen. Haben wir denn noch nicht genug gepostet? Der Postverkehr aus den Lazaretten ist doch leicht zu kontrollieren, die hochschätzliche Postverwaltung braucht also doch wirklich keine große Angst wegen eines etwaigen Mißbrauchs zu haben. Die Kranken und verwundeten Kameraden sind sehr erheitert, um so mehr noch, als die Post gleich mit der von jeder Zeit ihr gewohntem Mißstand vorang und vielen Patienten 25 Pf. Straporto abraham, weil Sendungen noch als Feldpost ankamen. Vielleicht findet sich doch noch eine Rüstung, die sich der Urgleichheit in den Lazaretten erinnert und sich für die Postfreiheit der Verwundeten einsetzt. —

Wir können diese Forderung der verwundeten Soldaten nur aus nachdrücklich unterstützen; es ist einfach eine Ungeheuerlichkeit, den Kameraden nun das Postporto abzuknöpfen; zu ihrem Vorposten seien sie doch auch nicht in den Lazaretten. Weit lieber möchten sie doch beim bei ihren Angehörigen sein, damit sie es nicht mehr nötig hätten, nur schriftlich mit ihnen zu verkehren.

**Miltzrammörter.** Mit der Verlegung der während des Krieges für Miltzrammörter erforderlichen Stellen soll jetzt sofort begonnen werden. Die Stellenangebote sind dem Bezirkskommando zu Karlsruhe zur Bekanntmachung in den Anstellungsanzeigen zuzustellen.

**Der Mißbrauch von Handys.** Der französische Kontrollleur für die neue rote Zone hat das Tragen von Schutzmasken durch die staatl. und Verbandskassen und den Mißbrauch von Handys und Scharfweid durch diese Jagdschutzbeamten in der neutralen Zone genehmigt.

**Berichtszeitung.**

**In der Freiheit.** Der Landhüter Passus Jäger aus Schellberg hatte eine Zuchthausstrafe zu verbüßen und wurde während der Strafreise durch einen Anmerkerloß für den Rest der Strafe befreit. Als er das Zuchthaus verließ, erhielt er 50 Mk. mit auf den Weg. Diese verwendete er nun, um sich einmal satt zu essen und zu einem guten Trunk. Dann mietet er sich hier in der Herberge zur Heimat ein und stahl einem armen Schlafgenossen in der Herberge seine Habseligkeiten. Das Gericht verurteilte den schon schwer Vorbestraften wegen Diebstahls im Rückfalle zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus, abzüglich 1 Monats Untersuchungshaft, und zu 5 Jahren Ehrverlust.

**Diebstahl.** Der Tagelöhner Ludwig Kimmig aus Oppenau und der Bauer Wilhelm Luchmiller aus Wilsdorfingen verübten in Bergshausen und in Wilsdorfingen eine Anzahl Diebstähle. Sie ergreifen sich dabei zwei Kaninchen (Welsche Meisen), mehrere Gänse einen Sack, mit dem sie zwei der gestohlenen Gänse forttransportierten, zwei Paar schwarze Strümpfe und 80 Pfund Schweinefleisch an. In Kleinsteinhof stahlen sie aus einem Geflügelhofe zwei Gänse. Den Dieben leistete der Kaiser Wilhelm I. aus Lauf (Amt Bühl), zur Zeit Referent des Ersatzbataillons Infanterie-Regiments 113, Gefühlsrente. Wegen einfachen und erwicherten Diebstahls erlitten die beiden eine Gefängnisstrafe von 1 Jahre 6 Monaten und Zuchthaus eine Gefängnisstrafe von 7 Monaten. Davon gelten je 6 Wochen als durch die Untersuchungshaft verbüßt. Am erhielt wegen Diebstahls 6 Wochen Gefängnis, wovon 5 Wochen durch die Untersuchungshaft verbüßt sind. Am war bisher noch nicht vorbestraft, die beiden andern hatten bereits mehrere Strafen erhalten.







dem Geh. Rat Prof. Dr. v. Ockelfäuser, prakt. Arzt Dr. Pauli, Direktor Rimnig von der Karlsruher Lebensversicherung, wo die ungeteilte Arbeitszeit seit Jahren mit dem Erfolg durchgeührt ist, und Prof. Dr. Gellpach behandelt wurde. Wie jedem Fortschritt auf sozialem Gebiet, so haben sich auch die Forderungen einer vernünftigen Einteilung der Arbeitsstunden rüchständige Ansicherungen und Interessen entgegen; dem gegenüber verstanden es die Redner, die Notwendigkeit der Schaffung gesünder Lebens- und Arbeitszustände gerade nach der Zermürbung unseres Volkes durch diesen Krieg zu betonen. Wichtig wurde die Beschaffung eines einfachen warmen Mittagessens als notwendige Ergänzung zu der länger durchgeführten Arbeitszeit betont. Insbesondere die Ausführungen von Prof. Gellpach, die von warmem menschlichem Empfinden getragen waren, machten tiefen Eindruck und wurden mit förmlichem Beifall aufgenommen. Das Gasten und Gehen des neuen Deutschland seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts ist nach ihm der Grund, weshalb wir nicht gerade stützig zu einer höheren Kultur gelangt, und in der Schaffung der Volksgüter gesunken sind. Eine vernünftige Einteilung von Schlaf, Arbeitspausen, Tätigkeitswechsel und Nahrungsaufnahme bedeuten für die vier Capitel der Erhaltung der arbeitenden Menschen.

In der anschließenden Ansprache wandte sich u. a. Landgerichtsrat Dr. Mey unter Gelächter und Schülpern dagegen, daß die Beamten heute neue Forderungen an den Staat stellen dürften, während Finanzminister Dr. Wirth durch eine im Volkserwartungsgemäße geäußerte merkwürdige Rede bewies, daß schöpferische Initiative und Eingabe an das Volkswohl nicht gerade seine und der hinter ihm stehenden Zentrumspartei höchste Eigenschaften sind. In trefflichen Worten wurde die Forderung der Verbesserung der Arbeitszeit dagegen durch Sachverständigen Rang und Volkswohl Dr. Bringer unterführt, der unter heiterer und verständnisvoller Zustimmung der Versammlung darauf hinwies, daß die am höchsten bezahlten Beamten und besonders deren weibliche Hälfte die schlimmsten Gegner auch dieses Fortschritts sind. Der Engländer habe weitaus durch seine vernünftigeren Arbeitszeit und die dadurch bewirkte körperliche und geistige Frische über uns stehen können. Die von dem Vorstehenden Stadtratsrat Mann vorgelegene Entschließung zugunsten der Einführung der ungeteilten Arbeitszeit fand einmütige Annahme.

dem um das Gemeinwesen verdienten Kubilar die Glückwünsche des Stadtrats und der Bürgerchaft.

**Starker Frost.** Der winterliche Winter hat uns mit allzu großen Kältegraden bisher verhärtet. Nunmehr scheint aber richtige Winterfälle einzuwirken zu sollen, denn heute früh war es empfindlich kalt. Die Luftdruckverteilung zeigt seit dem 1. Februar eine charakteristische Entwicklung, aus der die Meteorologen eine längere Periode strengen Frostes herauslesen.

**Arbeiterbildungsverein.** Am kommenden Montag, 10. Febr., abends 8 Uhr, wird Herr Stadtratsrat Glinger, Direktor des städtischen Gewerks, einen Vortrag mit Lichtbildern über „Gasergzeugung und Gasverwertung“ im Hause des Redners werden gerade jetzt in der Zeit der Gasnotzeit besonders interessant. Gäste sind willkommen, der Besuch ist unentgeltlich.

**Internationaler Sozialistenkongreß.**

Wien, 7. Febr. Am Schluß der heutigen Vormittags-sitzung der internationalen Sozialistenkonferenz gab Müllrat im Namen der französischen Delegation die Erklärung ab, daß sie die Resolution über die territorialen Fragen auch im Sinne des Beschlusses für Gas-Verwertung annehme. Nachdem u. a. in der Nachmittags-sitzung der armenische Vertreter eine Resolution für die Errichtung eines unabhängigen Armeniens eingebracht hat, kam Renaudel auf die elfjahrige französische Frage zu sprechen. Die Revanchepolitik sei niemals in Frankreich herauf zu kommen, daß Frankreich deswegen einen Krieg hätte führen können. Gas-Verwertung habe die Autonomie verlangt, um einen Krieg zu vermeiden. Deutschland habe die Autonomie verweigert und den Krieg erklärt. Der jetzige Friede treffe den Frieden von Frankfurt. Die Alldeutschen verlangten das Verbot, um Agitation treiben zu können. Die über die territorialen Fragen vorgelegene Resolution sei hinsichtlich des Beschlusses nicht gehalten. Der Redner sprach dann noch die deutsche Resolution betreffend das Linke Meinver und das Saarbecken und erklärte unter förmlichem Beifall der Versammlung daß die französische Sozialdemokratie sich jeder Annexion, ausgenommen der von Gas-Verwertung, widereize.

Der polnische Delegierte Demowski setzte gestern den Delegationen der Allierten, die sich nach Polen begeben werden, die gefährliche Lage Polens zwischen den Bolschewisten und den Deutschen auseinander. Er forderte, daß der Vormarsch der Deutschen nach dem Osten durch ein Veto der Allierten zum Stillstand gebracht werde, sowie daß bei Erneuerung des Waffenstillstandes Bedingungen festgesetzt würden, durch welche der polnische Bevölkerung es verbürgt werden würde, die Beschlüsse der Konferenz in Ruhe abwarten zu können. Schließlich verlangte er die Befreiung der Straße Danzig-Thorn für Truppen, Munition- und Lebensmitteltransporte.

In unmittelbarem Anschluß an diese Lieferung wollen die Allierten in Aussicht nehmen 200000 Tonnen Weizen und Weizenmehl und weitere 35000 Tonnen Schweinefett und Schweinefleisch zu liefern, wenn eine befriedigende Regelung der Finanzlage bei den am 12. Februar beginnenden Verhandlungen der Finanzkommission gefunden wird.

Die Vertreter der Allierten haben sich bereit erklärt, dem Wunsche der deutschen Regierung für die weitere Versorgung Deutschlands bis zur neuen Einie in Erwägung zu ziehen und zwar gleichfalls unter der Voraussetzung, daß eine befriedigende finanzielle Abmachung getroffen wird.

Als Bedarf ist von der deutschen Regierung für die Monate März bis August ausdrücklich angegeben worden: 400000 Tonnen Weizen, 100000 Tonnen Fett und Fleisch für jeden dieser Monate, ferner eine Million Tonnen Mais oder andere Futtermittel für den ganzen Zeitraum.

Die Erfüllung des Abkommens ist von den Vertretern der Allierten Regierungen ausdrücklich abhängig gemacht worden von der Annahme und Ausführung der Bedingungen, die sie uns betreffs der Abgabe der Handelsflotte auferlegt haben und noch weiter auferlegen wollen. Es ergab sich, daß selbst bei Annahme der Regelung eine Sicherung für den regelmäßigen Gang der von uns verlangten Lebensmittel nicht besteht.

Deutsche Kaufmannschaftskommission.

**Letzte Nachrichten.**  
An alle Völker der Erde.

W.B. Berlin, 8. Febr. Der Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen fordert durch die Funkstationen einen folgenden Hilferuf: An alle Völker der Erde! Der Krieg ist beendet. Das deutsche Volk hat weder den Willen, noch die Macht, ihn wieder aufzunehmen. Das deutsche Volk will Völkerverständnis, Völkerverständnis, Völkerverständnis. Der Völkerverständnis, der die Welt vergiftet hat, soll verschwinden, aber nach dem dem Menschheitsideal eine furchtbare Gefahr. In 12 Geburtsjahre des Völkerverbundes werden 800000 deutsche Kriegs- und Zivilgefangene ohne Freilassung ihrer Heimath zurückgelassen. Kriegsgefangenschaft nach dem Kriege ist Sklaverei, Sklaverei ist Vernichtung der Menschheit und des Völkerverständnisses. Unauslöschlicher Haß ist die Frucht, die daraus erwachsen muß. Das deutsche Volk verlangt, daß die Gerechtigkeit, die der Präsident Wilson der Welt verkündet hat, auch uns überfahren. Das deutsche Volk wird niemals einen Frieden dulden, der seine nationale Ehre mit Füßen tritt. Im Namen der Menschheit fordert es sich an des Gewissens der Welt, im Namen der Gerechtigkeit fordert es: gebet 'hans unsere gefangenen Brüder wieder!

**Briefkasten der Redaktion.**

Es hier natürlich werden diese Jahrgänge entlassen, wenn ihre Densität um ist; wahrscheinlich wird aber die Entlassung schon früher erfolgen.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Redaktionspolitik, aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Präger, sämtlich in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

**Vereinsanzeiger.**

Karlsruhe. (Sängerbund Formaria.) Zur Volkstheaterstellung am 19. Februar werden Vorstellungen für Karten bis Mittwoch abend gegen Vorausbezahlung im Vereinslokal entgegengenommen. Eintritt 1,20 M. Galerie 70 H. 1087

Karlsruhe. (Naturfreunde.) Letzte Montag abend 7 Uhr Ausschüßung in der „Cambrinus-Kalle“. 1088

**Seinen 70. Geburtstag** feierte gestern Herr Stadtrat Dr. Br. J. Derjabe ließ sich 1877 in Karlsruhe, das ihm zur zweiten Heimat geworden ist, als Rechtsanwalt nieder. Er stammt aus Walsberg im unteren Breisgau. 40 Jahre lang übte er den Beruf als Rechtsanwalt aus und war 25 Jahre Vorsitzender der Anwaltskammer. Bereits in jungen Jahren beschäftigte sich Dr. Br. J. mit Politik, und zwar in der „National-Zeitung“, als deren Vertreter er von 1897 bis 1908 dem Reichstages Landtage angehörte. Im Jahre 1904 wurde er zum Vorsitzenden der Landtags-Fraktion und zum Parteiführer gewählt. Seit 1894 ist Br. J. Mitglied des Karlsruher Bürgervereins und seit 1896 Mitglied des Stadtrates.

Als Politiker hat Br. J. auf dem linken Flügel seiner Partei. Als die radikalere Landtagsfraktion im Jahre 1909 erfolgreich der Einführung der Einwohnergemeinde an Stelle der alten Bürgergemeinde die Hand geboten hatte zur Abschaffung des direkten Gemeindevorstandes, erhob Br. J. öffentlich in einer Schrift Widerspruch, der schließlich nicht ohne Erfolg geblieben ist. Bei der Neuorganisation der Reichstages Nationalen Partei prämierte der Sozialdemokrat (1904) wirkte Br. J. entscheidend mit in der Durchsetzung des Standpunktes, daß der Bezug der Sozialdemokratie zur Verantwortung der Staatsaufgaben auf den Grundbesitz der Bürgerbürger der Gleichberechtigung im vaterländischen Interesse zurückzuführen sei. Das von (er) Br. J. als Abgeordneter von 1904 wurde durch Br. J. als Vertreter der Nationalen Partei in Verhandlungen mit dem damaligen Führer der Sozialdemokratischen Partei, August Treuebock, in Mannheim zum vorerwähnten Abschluß gebracht. Eine Abordnung des Stadtrats, aus Vertretern aller Parteien zusammengefasst, mit dem Herrn Oberbürgermeister Siegel und Bürgermeister Dr. Raul an der Spitze, überbrachte gestern, unter Verbeerdigung eines hübschen Plumer-

**Das Lebensmittelabkommen mit der Entente abgeschlossen.**

W.B. Berlin, 9. Febr. Das Abkommen mit den Allierten Regierungen über die Lieferung von Lebensmitteln an Deutschland ist am 8. Februar in Spa nach dreitägiger Verhandlung unterzeichnet worden. In den Verhandlungen, die deutschseits der Unterstaatssekretär von Braun vom Reichsernährungsamt leitete, haben außer den Vertretern aller beteiligten Reichsstellen Vertrauensmänner des Handels und der Marine teilgenommen. Der wesentliche Inhalt des Abkommens, das sich an die in Paris getroffenen Vereinbarungen anschließt, ist folgender:

Der oberste Ernährungsrat der Allierten wird beauftragt, daß sofort rund 30000 Tonnen Schweinefett und Schweinefleisch und 250000 Ritten Fonden-sierfisch über Rotterdam nach Deutschland geliefert werden. Die Beschaffung dieser Menge ist deutschseits durch Gold und fremde Devisen sicherzustellen.

**Bekanntmachung.**  
Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betr.  
Am Stalle des Landwirts Anton Martin V, Breitenstraße 23, im Vorort Weierheim ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Das verzeichnete Gebiet bildet das Sperengebiet, der übrige Teil des Vororts Weierheim das Beobachtungsgebiet.  
Aus dem Beobachtungsgebiet darf Klauenschuh nur zum Schlachten und nur mit Genehmigung der Polizeidirektion ausgeführt werden. Das Durchführen von Klauentieren und Durchsuchen mit Rindviehpönnen durch die Breite Straße von der Weierheimer Allee bis zum Stefanienbad ist verboten. 1084  
Bezirksamt — Polizeidirektion.

**Bekanntmachung.**  
Werbe-Käube betr.  
Unter dem Verbehestand des Karl Graf, Landwirt in Welsch-neureut, ist die Käube ausgebrochen. 1077  
Karlsruhe, den 6. Februar 1919.  
Bezirksamt.

**Steinbruch-Verpachtung.**  
Die Stadtgemeinde Ettlingen läßt am Montag, 17. Februar, 1919, vormittags 11 Uhr, im Rathaus — großer Saal — den Ver-tracht der hdt. Steinbrüche am Gofenberg und in der Kalkbühlung, Distrikt II, rechts der Alb, auf sechs Jahre öffentlich verpachten. Die Bedingungen liegen während der üblichen Geschäfts-stunden im Rathaus — Stadtkasserei — zur Einsicht auf. Ettlingen, den 7. Februar 1919. 1080  
Gemeinderat.  
Rath.

**Standortsoldatenrat Durlach.**  
Dienstags, den 11. Februar 1919, abends halb 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Damm“ in Durlach eine öffentliche Versammlung der Soldaten, Arbeiter und Bürger statt.  
Tagesordnung:  
1. Tätigkeitsbericht des Soldatenrats (Referent: 1. Vorsitzender Stein).  
2. Stellungnahme zum Arbeiterrat.  
3. Verschiedenes.  
Bürger, Arbeiter und Soldaten erscheint vollzählig. Standortsoldatenrat Durlach. 1083  
Bez. Stai-

**Vereinigung technischer Vereine Karlsruhe.**  
Einladung zur öffentlichen Versammlung am Montag, 10. Februar 1919, abends 8 Uhr, im großen Saal des Rathauses, Karlsruhe, Marktplatz, über die Stellung des Techniklers in der öffentlichen Verwaltung. Redner Herr Dr. Fuchs, Oberbaurat. Außerdem werden sprechen die Herren Tiefbauinspektor Bronner, Eisenbahndirektor, Rölbede, Architekt Schneider. Techniker, erscheint alle mit ihren wohlberechtigten Familienangehörigen. Gäste, Männer und Frauen willkommen. 1009 Der Vorstand.

**Nebenverdienst!**  
Echt! Bitte beim Aufbau der Erfindung und basierend hohes Einkommen! Keine Verleumdung! Kein Verkauf an Besessene! Keine Scheinarbeiten! Keinem in Hause! Ausdrucks-reiche Bege! Viele Anerkennungen. Verlangen Sie Prospekt Nr. 80 von Adresse: Schlieffach 124, Dresden-N. 1. 1089

**Keine Schuhnot mehr!**  
Nur vorübergehend Lederschäfte mit Filz gefüttert zu haben bei 1074  
**A. Eisner** Karlsruhe i. B. Kaiserstraße 70 Kaiserstraße 23, nahe Durlacher Tor.  
**Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.**

**Sauerkraut u. eingemachte weiße Rüben**  
bis auf weiteres an Bestellungen von 9 bis 11 Uhr vormittags und 2 bis 4 Uhr nachmittags, jedoch nur teilweise, in unserem Lager, Hinterstraße des Gas-Innenstellers (Erbrünnens-straße 30), gegen Barzahlung erhältlich. Käufer sind mitzubringen. 1086  
Karlsruhe, den 8. Februar 1919.  
Nahrungsmittellager der Stadt Karlsruhe.

**Städtisches Konzerthaus.**  
Montags, den 10. Februar 1919. 1085  
Montagsmiete Nr. 20.  
Vorstellung des Bad. Landestheaters.  
**Mitarbeiter.**  
Komödie in einem Aufzuge von Bruno Ertler.

**Die Provinzialin.**  
Komödie in 1 Akt v. Iwan Turgenjew. Deutsch v. Arthur Luther.  
**Literatur.**  
Lustspiel in 1 Aufzuge von Arthur Schnitzler. Ende 1/10 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Konzerthaus. Die von den Donnerstagmietern bereits bezahlte Benefizvorstellung für die Pensionsanstalt des Landes-theaters findet am Mittwoch den 12., ab nds 7/7 Uhr statt („Die um Schnee“). In dieser Vorstellung stehen den Donnerstagmietern ihre Plätze frei zur Verfügung. — Die nächste Volksvor-stellung („Käube und Liebe“) ist auf Mittwoch den 10. Februar angelegt. Die zweite Reihe der Sonntagsmiete beginnt am Sonntag den 16. mit „Garmen“ (Sonntag 1.).

**Arbeiterinnen**  
finden dauernde leichte Beschäftigung bei  
**Werner & Pief G. m. b. H.**  
Kleinfelmbach. 1081



# Aufruf.

Dunkles Kriegsgewölke zieht weiter herauf. Alle Hoffnungen auf den lang-ersehnten Frieden können in den nächsten Wochen zunichte werden.

Der Vorkriegszustand ist weiter. Es geht nicht mehr um Berlin all in. Die Bolschewistische Welle droht ganz Deutschland zu überfluten.

Mit Hochdruck arbeitet der russische Bolschewismus an der Verleumdung der deutschen Revolution, um sie in einer kommunistischen Revolution aufgehen zu lassen. Radek, der Propagandachef des russischen Bolschewismus bleibt mit einem ganzen Stab von Agenten und führenden Männern der russischen Sowjet-Republik in Deutschland, um das irreführende deutsche Proletariat in einen neuen Weltkrieg gegen die Entente zu treiben. Die deutsche Spartakusbewegung ist nur ein Werkzeug in der Hand der bolschewistischen Auslandspropaganda.

Ueber unserer deutschen Heimat schwebt die Gefahr, daß sie beim Zusammenbruch des russischen Bolschewismus mit den Staaten des Westens zum Kriegsschauplatz wird. Die bolschewistische Heere stehen schon dicht vor Ostpreußens Grenzen.

Unter dem Druck von Osten und unter dem Druck der wirtschaftlichen Not wird im Innern Deutschlands die bolschewistische Revolution lebend erblühen. Deutschland droht zu werden ein Teil und ein Teil einer Welt, die der Entente verfallen, und Nord und Ost anderer ist, die unter den Terror des russischen Bolschewismus geraten, und beide Teile werden beim bevorstehenden Kampf als Vortrupp mißbraucht werden.

### Deutschland brennt!

Aus der Not des Weltkrieges und der Revolution, aus der wirtschaftlichen Auflösung des Volkstums und aus der geistlichen Verleumdung der Massenbewegung ist der Bolschewismus als rohe Gestalt erwacht, die den letzten Rest des Besten an der deutschen Vergangenheit und das Fruchtbare an der deutschen Revolution zu vernichten trachtet. Eine Rettung ist nur möglich, wenn ganz Deutschland in dieser Stunde über allen Parteigänger, Standesunterschied, Klassengegensatz hinweg die Abwehr der

bolschewistischen Gefahr des Ostens zum Schutze der eigenen Kultur mit aller Energie aufnimmt, wenn Deutschland im Kampf gegen den Bolschewismus sich einig fühlt und diese Einigkeit nach Ost und West behauptet.

Deutschlands gegenwärtige Aufgabe besteht darin: der Barbarengesahr des Ostens, die in Gestalt des russischen Bolschewismus heraufzieht, mit aller Macht zu begegnen. Nur wenn wir Deutsche uns behaupten, wird die abendländische Kultur gerettet werden können.

### Noch ist es Zeit!

An alle Parteien, an alle Stände, an alle Stämme des Deutschen Reiches ergeht deshalb der Ruf:

### Schließt Euch zusammen!

Schafft eine Volksbewegung zum Schutze der deutschen, der europäischen Kultur, eine Liga von geistigen Kämpfern gegen den Weltbolschewismus. Setzt den deutschen Staat der sozialen und kulturellen Erneuerung der Anarchie des Ostens entgegen.

## Antibolschewistische Liga Liga zum Schutze der deutschen Kultur

Zentralbüro Berlin W 35, Lützowstr. 107.

Bankkonto der Mitteldeutschen Creditbank, Depositenkasse D, Berlin, Potsdamerstraße 116. 1075

Dr. Eduard Stadler. Siegfried Doerschlag.

### Bekanntmachung.

Am Hundewinger des städt. Bolzenmeisters, Schlachthausstraße 17 (zwischen Kaiserne und Eisenbahn), befinden sich nachstehende herrliche Hunde:

1. Dogge, männl.
2. Fokermannshard, männl.
3. Hühner, männlich.
4. Wolfshund.
5. Jagdhund.

Dieselben werden, falls sie nicht innerhalb 8 Tagen vom Eigentümer abgeholt sind, getötet.

Karlsruhe, 8. Februar 1919  
Städtisches Schlacht- und Viehhofamt.

Zum alsbaldigen Eintritt suchen wir:

1. Tiefbautechniker für Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht mit Baugewerkschulervorbildung; ferner

1. Vermessungssachverständigen mit mehrjähriger praktischer Tätigkeit im baulichen Vermessungswesen und Kenntnis nivellierender Arbeiten.

Meldungen mit kurzgefaßtem Lebenslauf, Zeugnisse und Angabe der Gehaltsansprüche bis spätestens

22. Februar 1919  
an  
Städtisches Tiefbauamt  
Karlsruhe.

### Uhren

Reparaturen werden unter Garantie pünktlich und billig ausgeführt.

Josef Klaus, Uhrmacher,  
Rüppurrerstraße 20.

### Rückgabe von Entlassungs-Anzügen.

Das Kriegsministerium hat sich damit einverstanden erklärt, daß brauchbare Entlassungsanzüge, die den Mannschaften bei ihrer Entlassung verabsolgt worden sind, durch die Militärverwaltung zurückgekauft werden können.

Die Bekleidungsstücke werden von jedem Bezirkskommando oder Truppenteil gegen Erstattung des Abkühlungswertes in Grenzen der Selbstkostenpreise entgegen genommen.

Landesausschuss V. d. Gen.-Kds.  
Badischer Soldatenräte. Der Chef des Stabes:  
J. W. Gudowius,  
Siegwarth. 763 Maier.

### Tierliebverein Karlsruhe.

#### Die 43. ordentliche Haupt-Versammlung

des Tierliebvereins Karlsruhe findet am Mittwoch, den 12. Februar d. J., abends Punkt 8 Uhr, im Nebenzimmer der „Vier Jahreszeiten“, Sebelstraße 21, mit folgender Tagesordnung statt:

1. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit des Vereins.
2. Bericht des Rechners über die Jahresrechnung.
3. Entlassung des Vereinsvorstandes und des Rechners auf Grund des Berichts der Prüfungskommission.
4. Wahl zweier Rechnungsprüfer.
5. Anträge und Wünsche.

Wir laden unsere Mitglieder und Freunde des Tierliebvereins hierzu herzlich ein.

Karlsruhe, den 21. Januar 1919.

Der Vorstand: Friedrich Warrel.

# Deutsch-Österreicher!

## Landsleute!

Die Entwicklung des neuen deutschen Staates macht es auch uns zur Pflicht, an dem Aufbau desselben tätig zu sein. Gestützt darauf, was deutsch-österreichische Soldaten auf allen Schlachtfeldern dieses mordenden Völkerringens geschaffen haben und darauf, daß die Deutsch-Österreicher allein die Bundestreue gehalten haben, sind wir berechtigt, die Anerkennung auch unserer Wünsche durch die deutsche Nationalversammlung zu verlangen.

## Landsleute!

Am 2. Februar 1919 wurde der Bund der Deutsch-Österreicher für Württemberg, Baden und Hohenzollern analog denjenigen in den andern deutschen Bundesstaaten errichtet. Pflicht eines jeden deutsch-österreichischen Mannes und einer jeden deutsch-österreichischen Frau ist es, durch Beitritt zu diesem Bunde unsere Art zur Geltung zu bringen und vollkommene Berücksichtigung der Deutsch-Österreicher zu sichern.

Die unterfertigte Bundesleitung nimmt Beitritts-Anmeldungen zum Bunde von Einzelpersonen und den Anschluß bereits bestehender Vereinigungen dieser Richtung entgegen und erteilt alle näheren Aufschlüsse; z. Zt. Stuttgart, Kronenstraße 45, 1.

Die Bundesleitung: Hans Höllwarth.

Kupfer, Messing, Blei,  
Zinn, Zinn, Nickel,  
Neusilber  
kauft 1038  
Kaiser, Ludwig Wilhelmstr. 8.

# Fahrräder

Die Besitzer der bei Kriegsbeginn der Transportmittelabteilung des roten Kreuzes in hochherziger Weise zur Verfügung gestellten

werden, soweit sie ihre Räder dem roten Kreuz noch nicht geschenkt-weise überlassen haben, hierdurch aufgefordert, bis zum 1. März dieses Jahres ihre Ansprüche auf Rücklieferung der Räder gegen Aufgabenerklärung bei der Vertriebsabteilung des roten Kreuzes (Stefanienstraße 76 im Hof links) geltend zu machen.

Soweit dies bis zu dem genannten Termin nicht geschieht, wird angenommen, daß die Besitzer auf Rücklieferung der durch den mehrjährigen Gebrauch stark abgenutzten Räder, sowie auf Entschädigung verzichten.

Allen denen, die durch Heterlassung ihrer Fahrräder an das rote Kreuz zum schnellen und bequemen Transport Tausender von Verwundeten mitgewirkt haben, sei hierdurch nochmals warmstens gedankt.

Die Transportmittelabteilung des roten Kreuzes.

Nach meiner Entlassung aus dem Heeresdienste habe ich meine Praxis in vollem Umfang wieder aufgenommen.

Dr. Eisenlohr, Kriegsstraße 53  
(beim Karistor).  
Sprechstunden 2 1/2 bis 4 Uhr.

### Taschenuhren

auch reparaturbedürftig, kauft

Levy, An- u. Verkaufsgeschäft  
Marktgrabenstraße 22.

### Möbl. Zimmer

zu mieten gesucht. Stadtteil betorragt. Offert unter W. an die Exped. d. S. Volksfreund.

### Verband der Maler u. w. Berufe.

Am Dienstag, den 11. Februar, nachmittags 5 Uhr, findet in der Wirkstätte zum „Auerhahn“, Schützenstr. 58, unsere diesjährige

### General-Versammlung

statt.

#### Tagesordnung:

1. Bericht über die Tarifverhandlungen in Berlin: Kolb, v. P., Bezirksleiter.
2. Bericht über die Filiale Karlsruhe während des Jahres: Kell, Behring.
3. Neuwahl des Gesamtvorstandes.

Hierzu laden wir unsere Mitglieder mit der Bitte um pünktliches und pünktliches Erscheinen freundlichst ein.

1976 Der Vorstand.

### Daniels Konfektionshaus

Karlsruhe, Wilhelmstraße 34, 1. Treppe

Winter-, Rips- und Seidenmäntel  
Jackenkleider, Röcke, Blusen  
Seiden- und Voilekleider  
Konfirmanten- und Kinderkleider  
PELZE und Plüschgarnituren.

Billige Preise. Alles ohne Bezugschein